

Hans Peter Schmitz (Bergisch Gladbach)

Aus meinen Erinnerungen zum Thema Naturschutz



Computer-Festplatten ähneln doch sehr alten Schränken oder gar ihren ehemaligen Zweckbestimmungen entfremdeten und als Ablageort genutzten Kartons. Ganz plötzlich und ohne jede Absicht des erstaunenden Nutzers geben sie längst verloren geglaubte oder gar total vergessene Schätze preis. So erging es mir dieser Tage wieder, als sich auf dem Bildschirm dieses schöne Bergblumen-Bild des Bad Reichenhaller Malers **ALFONS RANK** aus dem Jahre 1960 entwickelte. Und schon verbandelten sich verschieden Regionen in meinem Oberstübchen und mir kam das, was man *ERINNERUNG* nennt.

Plötzlich sah ich Alfons Rank auf einer blumenreichen Wiese der Seiser Alm stehen.

Und es kamen mir spontan Erlebnisse in den Sinn, die mit dem Stichwort **NATURSCHUTZ** zusammenhängen. Diesen Begriff habe ich erstmals öffentlich im Sommer 1964 benutzt. Ich war damals Vorsitzender der Kölner **NATURFREUNDE** und sollte bei der Gründung einer neuen Ortsgruppe in Rösrath sprechen; ehemalige Kölner, die während der Nazizeit einer Verfolgung entkommen wollten oder später in der Großstadt ausgebombt worden waren und nun in Rösrath wohnten, wollten eine eigene Gruppe bilden. Ich kam auf das Thema Naturschutz und habe gefordert, dass man ihn nicht mehr nur pensionierten Lehrern überlassen dürfe; es sei Zeit, dass er **Thema der Politik** werde. Da bemerkte ich auf den Zügen des Ortsbürgermeisters **ERWIN SCHIFFBAUER** (SPD) ein mitleidiges Lächeln.

Wenige Jahre später, ich war Naturschutzbeauftragter für das rechtsrheinische Köln – oder war es noch später und ich war Mitglied in den Landschaftsbeiräten beim Regierungspräsidenten und beim Landesminister? – fand im selben Rösrath eine offizielle Tagung für Naturschutz statt. Erwin Schiffbauer war durch den CDU-Bürgermeister **KRAKAUER** abgelöst worden. Dieser nutzte sein Grußwort dazu, die Bestrebungen des Naturschutzes für den ländlichen Raum (Rösrath war damals noch nicht Stadt!) als unnötig zu klassifizieren.

Nun ist es allgemein nicht üblich, das Grußwort eines Bürgermeisters zu diskutieren. Ich habe darauf bestanden und mir damit in gutbürgerlichen Kreisen keine Freunde gemacht.

Stichwort *Gut bürgerliche Kreise*: Als zuständiger Referent der Naturfreunde nahm ich an vielen Sitzungen und Tagungen des **DEUTSCHEN NATURSCHUTZRINGES** (DNR) teil. Sie fanden anfangs im Frankfurter Zoo statt; Präsident des Ringes war **PROF. GRZMEK**, der Zoodirektor. Die Vollversammlung des Ringes, in dem um die einhundert Vereine und Verbände Mitglied waren, stellte sich mir als Ansammlung ehrenwerter älterer Herren, allesamt Titelträger irgendwelcher Art, dar. Ich nahm dort teil zusammen mit dem für mein Gebiet zuständigen Mitarbeiter unserer Bundesgeschäftsstelle; das war damals **MANFRED MOLZ**, der eine Ausbildung auf der Akademie der Arbeit des DGB abgeschlossen hatte. Wenn wir uns zu Wort meldeten, wurden wir **in jedem** Falle übersehen. Irgendwann waren wir es leid und wir nahmen uns das Wort, wenn wir es für notwendig hielten.

Das machte zwar nicht beliebt, aber bekannt. Und da unsere Wortbeiträge so unsinnig wohl nicht sein konnten, waren wir bald anerkannte Mitglieder der hohen Versammlung. Als dann **PROF. ENGELHARDT** Präsident wurde (damals bekannt als der „Tümpel-Engelhardt“, weil es ein Fachbuch über die Ökologie der Tümpel und Teiche veröffentlicht hatte) und andere Mitgliedsverbände jüngere Vertreter entsandten, änderte sich das Klima im DNR. Ich wurde Mitglied im dem Vorstand nahen Arbeitskreis „Technischer Umweltschutz“. Dieser AK besuchte bald nach dessen Amtsantritt den ersten Umweltminister der Bundesregierung, den vormaligen Frankfurter Oberbürgermeister **WALLMANN**, CDU. Diese Begegnung zeigte, dass der Herr Minister nicht nur keine Ahnung vom Thema hatte; sie zeigte auch, dass er offensichtlich nicht gewillt war, sich einzuarbeiten. Meine Kollegen, allesamt der Partei des

Ministers mehr oder weniger eng verbunden, schlugen ihre sprichwörtlichen Hände über den Köpfen zusammen.

Nun, Wallmann amtierte nicht sehr lange. Sein Nachfolger war **PROF. TÖPFER**, vormals in Ökologie bewandertes Geograf und Professor in Saarbrücken; als solcher hatte er in Naturschutzkreisen einen guten Ruf. Es zeigte sich schnell, dass man sich weitgehend einig war. Bis auf das **Thema Atomenergie**; d. h. die meisten meiner Kollegen waren auch darin mit ihm einer Meinung, nämlich: Diese Technik ist sowohl beherrschbar als auch unverzichtbar.

Ich habe als einziger widersprochen und mit ihm eine harte Diskussion geführt. Das war nun wiederum meiner Delegation gar nicht recht.

Töpfer ging später zur UN mit einer wichtigen Funktion in Afrika. Als er zurückkam, hatte er seine Meinung in Sachen Atomenergie total geändert.

Der ehemalige Minister war nicht der einzige Träger dieses Namens in Naturschutzkreisen. Da gab es noch den in Sachen **Naturparks** hochverdienten Unternehmer **DR. h.c. ALFRED TOEPFER**. Seine Familie betrieb Futtermittel-Fabrikation und hatte eigene Schiffe für den Import von Rohstoffen aus Übersee. Alfred Toepfer war seit eh und je Vizepräsident des DNR, wohl geachtet und verehrt. Das endete Mitte November 1976.

Kurze Zeit vorher hatte mir **PROF. BRUNS**, gerade von der Demonstration gegen den Bau des Atommeilers Brokdorf kommend und von uns zu einem Referat beim Energie-Seminar im NFH Elmstein eingeladen, erzählt, dass die Firma Toepfer im Münsterland eine große **Eierfabrikation im Stile der Käfighühner-Haltung** betreibe, was ja wohl im krassen Widerspruch zur sonstigen Haltung des Firmeninhabers stehe. Dies wurde mir von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierschutz bestätigt. Ich beschloss, diesen Tatbestand bei der bevorstehenden Jahreshauptversammlung des DNR anzusprechen.

Die Hauptversammlung war angesetzt im Haus der Deutschen Landwirtschaft in Bonn. Ein maßgeblicher Mann dort war **DR. THEODOR SONNEMANN**, der von 1949 bis 1962 Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium gewesen war und über viele Jahre dem DNR als Vizepräsident diente. Ich stellte also im TOP Vorstandswahlen die Frage an Dr. Toepfer, ob die

mir zugetragene Behauptung der Wahrheit entspreche. Er bejahte das. Seine Erklärung dazu: Der größte Kunde seiner Futtermittelfabrik sei in finanziellen Schwierigkeiten gewesen; da habe er den Betrieb kaufen müssen, um nicht selber Probleme zu bekommen.

Die Versammlung verharrte in Schweigen. Es wäre alles gut gewesen, wenn Toepfer gesagt hätte, er werde den Betrieb zügig in eine artgerechte Tierhaltung umbauen. So etwas plante er offenbar nicht. Er behauptete, den Tieren gehe es gut, denn sie würden ja nach wissenschaftlichen Erkenntnissen bestens ernährt.

Bei der nachfolgenden Wahl bewarben sich 16 Kandidaten um die elf zu besetzenden Positionen. Toepfer kam auf Platz 15. Toepfer verließ den Saal unter Tränen.

In der folgenden Mittagspause versicherten mir mehrere führende Leute, sie hätten das nicht gewusst, und Präsident Engelhardt dankte mir für den Vorstoß. Er habe es erst vor wenigen Wochen erfahren, habe es aber nicht vermocht, seinem alten Mitstreiter, der doch gewiss seine Verdienste habe, zur Rede zu stellen.

Auch Dr. Sonnemann verlor seine Vize-Funktion. **WOLFGANG E. BURHENNE**, Forstwissenschaftler und weltweit in Naturschutzkommissionen tätig, hielt ihm Verfehlungen vor, an die ich mich nicht mehr erinnere.

Bei dieser Hauptversammlung wurde erstmals ein Naturfreund in den Vorstand gewählt, und zwar unser Bremer Freund **HANS FRICKE**, namhafter Mitarbeiter des damaligen Umweltsenators **HERBERT BRÜCKNER**, der später Präsident der Naturfreunde-Internationale wurde. Hans hatte seine Verdienste bei der Schaffung des Nationalparks Wattenmeer.

Aber zu Dr. Sonnemann fällt mir noch etwas ein, und kurioser Weise in diesem Zusammenhang auch zu Wolfgang Burhenne. Nach dem Wechsel von Grzimek zu Engelhardt kam der Wunsch nach einer „Grundsatzklärung“ des DNR auf. Es wurde eine Redaktionskommission gewählt, der Manfred Molz und ich angehörten. Wir brachten die kurz zuvor von unserem Bundeskongress beschlossenen Umweltthesen – weitgehend formuliert von Manfred – ins Gespräch und waren völlig irritiert, dass dieses doch wirklich „linke“ Papier mit nur wenigen

Änderungen dem Präsidium empfohlen wurde. Dieser hohe Rat hatte wenige Änderungswünsche und beauftragte Dr. Sonnemann und mich mit einer Endredaktion.

Diese vollzogen wir wenige Tage vor der oben erwähnten Hauptversammlung, wobei mir Dr. Sonnemann als ein ganz anderer Mensch erschien, zugänglich und aufgeschlossen. Die Versammlung verabschiedete die Grundsatzerklärung ohne Debatte. Und dann kam Burhenne und erzählte mir, dass er kurz vorher vom Präsidenten der Republik Kongo, **MOBUTO**, gebeten worden sei, eine Regierungserklärung zum Umweltschutz zu verfassen. Da habe er sich die Sache einfach gemacht und die DNR Erklärung – also eigentlich die NF-Erklärung – übersetzen lassen. Auch das ist Entwicklungshilfe.

Ich komme noch einmal auf den Anlass zu diesen Erinnerungen zurück, auf den Blumenmaler **RANK** und auf die Seiser Alm. Es war im Sommer 1971. Wir verbrachten unseren

Familienurlaub dort oben. Bei einem Fotospaziergang über eine reichlich und bunt bestandene Blumenwiese kam ich mit einem Mann ins Gespräch, der sich, mein Naturfreunde-Abzeichen erkennend, als NF aus Bad Reichenhall ausgab. Irgendwie erfuhr ich, dass er der Schöpfer des schönen Alpenblumen-Bildes war. Das brachte uns auf das Thema Naturschutz. Da meinte er, die Naturfreunde hätten ja nun einen neuen Naturschutzreferenten. Der habe in der Maiausgabe der Bundeszeitschrift einen wegweisenden Artikel veröffentlicht. Das mache Hoffnung. Ob ich den gelesen hätte.



Was konnte ich da antworten? „Gelesen eigentlich nicht, aber geschrieben.“

*** **

Der Gesetzgeber macht Gesetze, nach denen sich der Bürger zu verhalten hat. Woher kriegt er die Ideen dafür und was in ihnen festgelegt wird? Aus eigener Erfahrung, aus eigenen Überlegungen? Von interessierten Bürgern? Etwa von Parteien und Verbänden? Gar von Lobbyisten? Weshalb eigentlich nicht auch von den deutschen Naturfreunden?

Die deutschen NaturFreunde – nein! – damals war es noch der „Touristenverein Die Naturfreunde“. Der verstand und versteht sich als Freizeitorganisation mit dem Anspruch, an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. So musste ich mich in den 1960er Jahren als Vorsitzender der damals recht großen Ortsgruppe Köln im Zusammenhang mit Naturschutz auch mit Stadtplanung befassen. Meist ging es darum, dass Grünflächen, noch relativ naturbelassene Areale und ähnliches bebaut werden sollten. Unsere Einsprüche wurden häufig abgelehnt mit der Begründung, die Planung beruhe „auf den alten Rayon-Plänen, da könne man nichts machen“. Dabei handelte es sich um die Pläne, in denen die Flächennutzung nach Schleifen des Festungsringes nach dem 1. Weltkrieg geregelt war.

Damals habe ich gedacht: Eigentlich kann Raum- und Bauleitplanung nicht ewig Bestand haben. Die allgemeinen Verhältnisse, die Bedürfnisse und Erfordernisse können sich ändern, und so muss eine nicht realisierte Planung ungültig werden.

Oftmals haben wir uns bei der „Offenlegung von in Aufstellung begriffener Bauleitplanung“ beteiligt. Nicht selten bekamen wir zu hören, dass unsere Anregungen und Bedenken interessant und auch nicht unbegründet seien; man möge aber bedenken, dass nun schon so viel Arbeit in die Detailplanung gesteckt worden sei, da könne man doch nicht wegen einer Kleinigkeit alles von vorne beginnen – es koste ja auch Geld.

Ja, weshalb machte man denn die Offenlegung und beteiligt die Bürger, bevor die Planung durch Stadtratsbeschluss Rechtskraft erlangte?

Ein paar Jahre später war ich Bundesreferent für Naturschutz der Deutschen Naturfreunde und hatte bessere Verbindung „nach oben“. Bei den Bundesarbeitstagen des Referates erzählten Teilnehmer aus anderen Bundesländern von gleichen Erlebnissen wie die oben beschriebenen. Wir beschlossen, aktiv zu werden. Wir formulierten Anträge an den Bundeskongress der Naturfreunde zur Weiterleitung an den Deutschen Bundestag, natürlich mit Hilfe der Genossen in der SPD-Fraktion.



Zum ersten Thema forderten wir, dass Bauleitplanung nach zehn Jahren ihre Rechtskraft verliert, wenn sie nicht realisiert worden war. Zum Thema Bürgerbeteiligung regten wir an, diese so frühzeitig anzusetzen, dass Planänderungen ohne großen Aufwand möglich sind.

Zu unserer großen Genugtuung folgte der Bundestag beiden Anliegen. Es mag allerdings außer uns weitere Petenten mit diesen Forderungen gegeben haben. Als die Änderungen Gesetz wurden, war ich ein gutes Stück näher an den Themen: Ich war Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung im Rate der Stadt Bergisch Gladbach (1979 bis 1989).

Nur im Einzelnen: Die zeitliche Begrenzung der Rechtskraft von Bauleitplanung wurde zwar nicht eingeschränkt, es wurde aber erleichtert, die Festlegungen im Plan zu ändern. Wenn ein Plan sieben Jahre lang nicht realisiert war, konnte er geändert werden, ohne dass der Grundstückseigentümer entschädigt werden musste, wenn sein Areal nun weniger wert war. Wie die Bestimmungen heute sind, weiß ich allerdings nicht. Die Bürgerbeteiligung bei der Bauleitplanung wurde erweitert, indem die „vorgezogene Bürgerbeteiligung“ verpflichtend eingeführt wurde. Sie besagt folgendes: Wenn ein Beschluss zur Aufstellung eines Flächennutzungsplanes oder eines Bebauungsplanes gefasst ist und erste Vorstellungen zum Planungsinhalt fixiert sind, ist die Bürgerschaft auf geeignete Weise zu informieren, z. B. durch Bekanntgabe der Offenlegung oder in einer Bürgerversammlung. Schon dort sind Anregungen und Bedenken möglich. Die Erfahrung lehrte noch zu meiner Zeit im Stadtrat, dass die später durchgeführten Offenlegungen weniger Einwendungen brachten als vor der Neuordnung.

*** **

Wir haben sicher in der Zeit meiner Mitwirkung auf Bundesebene viele weitere Naturschutz/Umweltschutz-Themen behandelt. Ich erinnere mich nicht mehr an besondere; die geschilderten Fälle betrafen spezielle Themen, die meisten anderen behandelten eher Grundsatzfragen.

Ein weiteres Thema habe ich sehr oft in Vorträgen und bei Diskussionen angesprochen, führte aber m. W. nicht zu Antrag und Beschluss. Es hängt zusammen mit der Finanzierung von Landgemeinden und ist bis heute so aktuell wie vor dreißig oder gar vierzig Jahren. Landgemeinden klagen – wie andere auch – über Finanzmangel. Deshalb streben sie nachhaltig nach Ansiedlung von Gewerbe. Da in den seltensten Fällen Brachland dafür bereit steht, wird auf landwirtschaftliche Flächen, Wald oder Heide zurückgegriffen. Die Nöte der Gemeinden sind real, ihre Wünsche verständlich.

Leider führen diese Umwandlungen zu Schäden an der Natur, was zur Folge hat, dass diese ihre „Produkte“ dort nicht mehr erzeugen kann. Ich erlaube mir in einer Zeit, wo alles wirtschaftlich betrachtet wird, das als „Produkte“ zu bezeichnen, was wir aus der Natur erhalten – nicht nur Essbares und Holz.

Als da wären:

- Entnahme von Kohlendioxid aus der Luft und ihre langfristige Bindung in Holz (Klima)
- Produktion von Sauerstoff
- Ausfiltern von Staub aus der Luft
- Bereitstellung von Schneisen für Frischluft
- Neubildung von Grundwasser, besonders wichtig in Zeiten längerer Dürreperioden
- Bereitstellung von Erholungslandschaft, Fernblicke (sprichwörtlich) „die Sicht erweitern“
- Erzeugung ortsnaher Nahrungsmittel



Für die Erzeugung dieser „Produkte“ müssen die Landgemeinden bezahlt werden.
Ihre Leistung ist es, Naturflächen verschiedener Art durch Verzicht auf Gewerbe für die Menschen in der Region vorzuhalten.



Fotos: Elfriede Schmitz

Kontakt:

Hans Peter Schmitz
Dellbrücker Str. 40
D-51469 Bergisch Gladbach
hpschmitzgl@gmail.com